



△ Täglich müssen Äcker und Wiesen für Siedlungs- und Verkehrsflächen weichen – wo bleibt die funktionierende Strategie zum Flächensparen?

Flächenfraß: Wo sollen wir noch ackern?

Umgerechnet stehen in Deutschland nur noch knapp 2000 m² landwirtschaftliche Fläche pro Einwohner zur Verfügung. Trotzdem geht der Flächenfraß weiter.

Rund 400 ha Schwarzerde-Bördeböden für die Intel-Fabrik in Sachsen-Anhalt, mehr als 100 ha beste bayerische Gäuböden für BMWs Batteriefabrik – da blutet jedem Landwirt das Herz. Denn mit jedem neuen Gewerbestandort, jedem neuen Wohnhaus, jeder neuen Straße geht ein Stück Existenzgrundlage verloren und die Basis der Ernährungssicherheit für die ganze Bevölkerung schwindet.

Das Paradoxe: Auch für Klima und Biodiversität wäre es dringend nötig, weniger zu versiegeln. Doch Wohnungen, Straßen und Erneuerbare Energien stehen derzeit viel weiter vorne auf der politischen Agenda als der Flächenschutz. Landwirte wollen der wirtschaftlichen Entwicklung nicht im We-

ge stehen, doch fragen sie sich, wo dieses ganze Wachstum stattfinden soll. Denn die landwirtschaftliche Fläche ist auf 16,6 Mio. ha gesunken, so dass Landwirten bei 84 Mio. Einwohnern gerade mal 2000 m² pro Person bleiben. Nicht viel, um alle Ansprüche von der Ernährung über Kohlenstoffspeicherung, Biodiversität etc. zu erfüllen.

FLÄCHENVERBRAUCH STEIGT

Ein Ende des Flächenverbrauchs ist dabei nicht in Sicht: Täglich gehen 55 ha für Siedlungs- und Verkehrsflächen verloren, in den letzten Jahren sogar mit steigender Tendenz! Dazu kommt der Verlust von Produktionsflächen für:

- Infrastrukturvorhaben und Erneuerbare Energie,

SCHNELL GELESEN

Auf rund 16,6 Mio. ha ist die landwirtschaftliche Fläche in Deutschland mittlerweile geschrumpft.

Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsfläche steigt wieder an: Täglich gehen 55 ha verloren, dazu kommen Naturschutzausgleich, Aufforstung, Erneuerbare Energien etc.

Weniger Flächenverbrauch ist erklärtes politisches Ziel, die bisherigen Instrumente greifen aber nicht ausreichend.

Um den Flächenverbrauch wirksam zu steuern, müsste man u. a. in die Planungshoheit der Kommunen eingreifen.

- Naturschutz und Kompensationsmaßnahmen,
- Aufforstung und
- Gewässerausdehnung.

MEHR ALS GENUG ZIELE

An klaren politischen Zielen mangelt es im Kampf gegen den Flächenverlust dabei nicht. Die **deutsche Nachhaltigkeitsstrategie** peilt einen maximalen Wert von 30 ha/Tag für Siedlungs- und Verkehrszwecke bis zum Jahr 2030 an. Langfristig sind dann ein Flächenkreislauf und 0 ha/Tag das Ziel. Auch der **5. Bodenschutzbericht** der Bundesregierung fordert mehr Flächenschutz durch eine außenbereichsschonende Planung. Zwar ist der Schutz des Bodens bereits in dutzenden Gesetzen geregelt. Vor allem das Baugesetzbuch hat die Reduzierung des Flächenverbrauchs eigentlich streng formuliert. Die Fläche als Produktionsgrundlage ist aber nicht hinreichend geschützt.

Zwar ist der Flächenverbrauch in den letzten Jahren über längere Zeit zurückgegangen, aktuell ist die Tendenz aber wieder steigend (s. Übersicht 1). Die Landwirte sind sich einig: Das ist die falsche Richtung! Ansatzpunkte, um sparsamer mit der Fläche umzugehen, gibt es dabei genug:

- Mehr Innenentwicklung: Viele Orte veröden im Kern, während am Ortsrand Acker und Grünland bebaut wird.
- Naturschutzausgleich nach Baumaßnahmen: Häufig nimmt neben der Bau-

maßnahme der Naturschutzausgleich zusätzlich landwirtschaftliche Fläche in Anspruch. Dieser Ausgleich wäre oft auch auf bestehenden Biotopflächen möglich oder ließe sich in die landwirtschaftlichen Produktion integrieren.

- Landwirtschaft und Ernährungssicherung ins Grundgesetz: Dem Flächenschutz bei der Planung mehr Gewicht zu verleihen, fordert der Deutsche Bauernverband (DBV). In einem Gutachten, das der DBV bei Prof. Dr. José Martinez von der Universität Göttingen in Auftrag gegeben hat, wird aufgezeigt, dass die Ernährungssicherheit durch eine nachhaltige heimische Agrarstruktur und der Klimaschutz zwar überragend wichtige Gemeinwohlinteressen sind, im Grundgesetz derzeit aber zu wenig Gewicht haben. Prof. Martinez weist daraufhin, dass der Umweltschutz als Staatsziel bereits im Grundgesetz berücksichtigt ist, die Landwirtschaft aber nicht. Bemerkbar machen würde sich diese gesetzliche Änderung bei Gerichtsentscheidungen und Planungsprozessen, bei denen es auf die Abwägung ankommt.

- Verbindliche Ziele in der Raumordnung: Aus dem Umweltbundesamt (UBA) gibt es Vorschläge, die bebaubare Fläche je Kommune festzulegen und dafür Zertifikate zu vergeben. Kommunen, die mehr bauen wollen, müssten dann Zertifikaten von denen kaufen, die weniger gebaut haben.
- Subventionen: Die Pendlerpauschale

oder Fördermittel zur Erschließung von Gewerbegebieten auf der grünen Wiese fördern die Außenentwicklung, hier fordert das UBA einen Abbau.

- Mehr Know-how für Gemeinden: Um das Baugesetzbuch konsequent anzuwenden und Fördermittel z.B. für Brachflächenrecycling einzusetzen, sind geeignete Strukturen nötig, so das UBA.
- Grundsteuer C umsetzen: Vielerorts liegen baureife oder ungenutzte Grundstücke im Ort brach. Diese kann die Kommune künftig höher besteuern mit der neuen Grundsteuer C, um die Eigentümer zur Bebauung zu bewegen.
- Weniger Neubau, mehr Altbaunutzung und mehr Öffentlichkeitsarbeit, um die Menschen zu sensibilisieren. ▶

WARUM MIR DAS THEMA WICHTIG IST



Täglich hören wir, wie wichtig der Boden für die Sicherung der Ernährung, den Klimaschutz und den Naturschutz ist. Zugleich wird weiter frischer Acker zugebaut. Wir brauchen endlich funktionierende Konzepte gegen den Flächenfraß!

Gesa Harms, top agrar

PLUS 55 HEKTAR SIEDLUNGS- UND VERKEHRSFLÄCHE PRO TAG



△ Siedlungs- und Verkehrsflächen verbrauchen 55 ha/Tag, andere Verluste kommen hinzu.

Die Krux dabei: Um mit diesen Vorschlägen wirklich etwas am Flächenverbrauch zu ändern, braucht es Gesetzesänderungen. Dass die Bundesregierung hier aktiv wird, ist für Steffen Pingel, Fachbereichsleiter Umwelt des DBV in Berlin, derzeit aber nicht abzusehen. „Die derzeitige Bundesregierung stellt

das Thema Flächenverbrauch bedauerlicherweise nicht in den Fokus,“ so seine Einschätzung.

Der Bauernverband fordert ein gesetzlich verankertes Erhaltungsgebot für landwirtschaftliche Nutzflächen ähnlich wie das Erhaltungsgebot für Waldflächen.

„WIR BRAUCHEN KLARE LIMITS!“

Auch Ralph Gockel, Leiter des Referats Raumordnung, Regionalentwicklung und Naturschutz bei der Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, sieht den Gesetzgeber in der Pflicht. „Die Politik sollte sich endlich durchringen, den Kommunen Limits für Wohnbau- und Gewerbeflächen aufzuerlegen,“ so seine Meinung. Die vom UBA vorgeschlagenen Zertifikate für Bauflächen wären ein denkbarer Weg, so Gockel. Darüber hinaus müsse man statt über immer mehr Einfamilienhäuser jetzt über einen attraktiven und intelligenten Geschosswohnungsbau nachdenken.

Allen Landwirten, die sich gegen den Flächenverbrauch einsetzen wollen, rät er, sich mit Bürgern und Naturschützern zusammen zu tun: „Wenn die Landwirtschaftskammer als Trägerin öffentlicher Belange (TöB) den Schutz der landwirtschaftlichen Fläche einfordert, wird das oft schnell weggewischt. Bürgerinitiativen und gemeinsame Aktivitäten von Landwirten und Bürgern haben in der politischen Entscheidungsfindung dagegen oft deutlich mehr Gewicht!“

Ihr Kontakt zur Redaktion:
gesa.harms@topagrar.com

REPORTAGE

Gewerbegebiet gemeinsam gestoppt

Rund 80 ha sollte Landwirt Thomas Wahren aus Sachsen-Anhalt für ein Gewerbegebiet verkaufen. Doch er holte die Bürger ins Boot und wehrte sich erfolgreich.



Fotos: Harms

△ Auf großen Plakaten machte die Bürgerinitiative auf die Probleme aufmerksam.

Als Thomas Wahren im März 2022 eher zufällig erfuhr, dass auf 80 ha seiner Eigentumsflächen ein Gewerbegebiet geplant ist, fiel er aus allen Wolken: „Für mich war sofort klar: Wenn das so kommt, kann ich meinen Betrieb hier dicht machen!“ Der Landwirt bewirtschaftet rund 400 ha Schwarzerde mit 70 Bodenpunkten in Kabelsketal in Sachsen-Anhalt. Hier zwischen Leipzig und Halle begrenzt vor allem der Niederschlag den Ertrag: Um mit den gerade mal 400 mm Regen klarzukommen, arbeitet Wahren schon seit Jahren mit reduzierter Bodenbearbeitung.

Dass Kabelsketal für Gewerbe hochattraktiv ist, liegt nicht nur an der verkehrsgünstigen Lage am Schkeuditzer

Kreuz (A14 und A9) und dem Flughafen Leipzig. Zusätzlich steht durch den Braunkohletagebau viel Geld aus den Kohleausstiegsmitteln z.B. für die Gewerbeentwicklung zur Verfügung.

Schon jetzt ist das Dorf Osmünde, wo Thomas Wahren seinen Betriebsstandort hat, von Gewerbegebieten umgeben, z.B. dem 230 ha großen Starpark. Insgesamt schätzt Landwirt Thomas Wahren die Gewerbefläche in der Gemeinde bereits auf 400 ha.

An die Ankündigung mit dem Starpark II für 125 Mio. € weitere 200 ha Fläche zu erschließen, die auch seine Fläche umfassen, kann sich der Landwirt noch lebhaft erinnern: „Die Bekanntmachung dazu im Amtsblatt war